

Die Pädagogen wehren sich

Die Landesstatistiker haben die nötige Stellenzahl an Berufsschullehrern falsch vorhergesagt.



Dieses Jahr werden nun doch mehr Berufsschullehrer benötigt, als zuvor berechnet.

Foto: dpa

STUTTGART. Eigentlich sollte es in Baden-Württemberg in diesem Schuljahr 15 000 Schüler weniger an Berufsschulen geben als im Vorjahr. Das jedenfalls hatte das Statistische Landesamt 2010 vorausberechnet. Doch beim Nachzählen hat sich jetzt ergeben: Es sind nur 5400 weniger. Auch die Annahme des Kultusministeriums, es würden nur 400 Lehrerstellen frei werden, erwies sich als falsch: Es sind 800. Die Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes (BLV), Margarete Schaefer, erklärte am Montag, man sei es leid, "als Folge der Fehlprognosen des Statistischen Landesamts und des Kultusministeriums immer wieder gravierende Nachteile hinnehmen zu müssen."

In jeden Fall müssten sofort die mit Blick auf die Prognosen beschlossenen Streichungen von 157 Deputaten rückgängig gemacht werden. Zudem fordert der BLV, von weiteren Streichungen so lange abzusehen, "bis die Unterrichtsdefizite und die Überstundenbugwelle im Umfang von 2000 Deputaten abgebaut seien".

Auf Nachfrage der Badischen Zeitung bestätigte ein zuständiger Mitarbeiter des Statistischen Landesamts die Schüler-Fehlprognose. Die Vorausberechnungen erfolgten unter bestimmten Annahmen, "wenn unterwegs die Spielregeln verändert werden, kommt es zu anderen Ergebnissen".

So sei man 2010 davon ausgegangen, dass 2012/13 allein auf die zweijährigen Berufsfachschulen etwa 10 000 Schüler weniger wechseln würden. Hintergrund dieser Annahme war: Entsprechend mehr Hauptschüler als früher strebten den mittleren Abschluss an den neuen Werkrealschulen an. Mit der Prognose 50 Prozent sei man auch richtig gelegen. Nicht kalkuliert werden konnte, dass inzwischen die früher geltende Notenhürde an den Berufsfachschulen, wo man ebenfalls den Realschulabschluss machen kann, gefallen ist. Auf diese Weise stehen diese Schulen jetzt sehr viel mehr Hauptschülern zur Qualifizierung offen.

Die GEW hat unterdessen für den 13. Dezember in Stuttgart zum Protest gegen Sparmaßnahmen in der Bildung aufgerufen. Parallel dazu wird im Landtag über den Haushalt 2013/14 entschieden, der mit Blick auf die zurückgehenden Schülerzahlen unter anderem Streichungen von 2200 Lehrstellen vorsieht. Bis 2020 sollen 11 600 Stellen wegfallen. Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz übte daran am Montag erneut Kritik. Zwar gebe es einen Schülerrückgang. Die von Grün-Rot geplanten Reformen aber bedingten, wie es eine Studie für die GEW belegt habe, dass 87 Prozent der Stellen zwingend erhalten bleiben müssten. "Die Landesregierung ist drauf und dran, die Bildung an unseren Schulen kaputtzusparen." Die jetzt geplanten Einsparungen seien "konzeptionslos und kontraproduktiv". Moritz sprach von einem bildungsfeindlichen Treiben. Sie forderte die Kultusministerin auf, endlich zu erklären, welche Reformen sie aufgrund fehlender Ressourcen in dieser Wahlperiode gar nicht mehr umsetzen könne. Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer erklärte, man werde trotz nötiger Sparmaßnahmen am Bildungsaufbruch festhalten. Es gelte, effizienter zu werden.

Autor: Bettina Wieselmann

